

Sitzung des Zürcher Gemeinderates vom 29. April 1970 : Erstlingsreden von zwei Frauen zur Spitaldebatte

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **26 (1970)**

Heft 5

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-845397>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sitzung des Zürcher Gemeinderates vom 29. April 1970

Erstlingsreden von zwei Frauen zur Spitaldebatte

Im Zentrum der von Hermann Wiget geleiteten Ratssitzung stand eine lebhaft und grundsätzlich geführte Debatte um die attraktivere Gestaltung der Pflegeberufe in Heimen und Spitälern. Von seiten des VPOD war eine Anregung eingereicht worden, welche die Gleichstellung des Spitalpersonals mit dem übrigen Personal durch Verwirklichung der 44-Stunden-Woche fordert, während andererseits von ärztlicher Seite die Gegenposition verfochten und nach anderen Massnahmen zur Hebung der Berufe Umschau gehalten wurde.

Die Debatte gewann erheblich an Substanz durch die Erstlingsreden von zwei Gemeinderätinnen, die beide aus praktischer Erfahrung heraus und abseits der festgefahrenen Fronten ihre Meinungen vorbrachten.

Frau Dr. Liliane Uchtenhagen setzte sich mit einer schwungvoll, frei vorgetragenen Rede für die Anliegen der jungen Generation in den Pflegeberufen ein.

Die jungen Leute verlangen normale Arbeitsbedingungen. Das bedeutet, dass man mit der Zeit zum Schichtbetrieb übergehen muss. Das muss nicht auf Kosten des Patienten gehen, denn die «rituellen Abläufe» dienen diesem auch nicht immer. Unter modernen Arbeitsbedingungen liessen sich die Abwanderungen vermeiden und verheiratete Frauen leichter wieder einsetzen. Frau Uchtenhagen betonte, dass die jungen Schwestern nicht mehr in «Schwesterntürmen» wohnen wollen.

Oberschwester Margrit Schellenberg stützte sich in ihrem Votum auf eine Meinungs-

umfrage unter den Schwesternschülerinnen.

Diese wünschen die 44-Stunden-Woche, allerdings nicht bloss auf dem Papier. Vor-erst sollten die Differenzen in den Landspitälern abgebaut werden.

Auch diese Rednerin bestätigte, dass das Wohnen im Internat keineswegs als glücklich empfunden wird. Gewünscht wird ferner besoldungsmässige Gleichstellung Stadt/Kanton sowie vermehrte innerbetriebliche Weiterbildung. Der Schichtbetrieb indessen wäre dem abträglich.

Auf jeden Fall trugen beide Voten zur Belebung der Sitzung bei und demonstrierten augenfällig, wie sehr die Mitsprache der Frau in der Politik gerechtfertigt ist.

Unser Stimmrecht Erfolg und ... kein Erfolg

In Nidwalden haben wir es einem Jugendkomitee zu verdanken!

Nidwalden ist der erste Innerschweizer Kanton, der das Frauenstimmrecht eingeführt hat. Die von rund 3 000 Stimmberechtigten besuchte Landsgemeinde im Ring zu Wil an der Aa stimmte der Regierungsvorlage einmütig zu und hiess mit grossem Mehr einen Zusatzantrag des überparteilichen Jugendkomitees gut, welches das integrale Frauenstimmrecht in den Gemeinden forderte. In der Schlussabstimmung sprachen sich nur knapp hundert Landsgemeindebürger gegen die politischen Rechte der Frau aus. Selbst die kühnsten Optimisten hatten nicht mit einer so überwältigenden Annahme gerechnet. Das mit Abstand «heisseste» Sachgeschäft war die landrätliche Vorlage für die Ein-